

4. JULI 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/VII/135

Bonn, den 4. Juli 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Der parteigetreue Eckardt</u> Fragwürdige Doppelfunktion Von Franz Barsig	44
2 - 2a	<u>"Die EWG muss weg"</u> Zu den sowjetischen Ausfällen gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	65
3	<u>Wer weiter denkt ...</u> Liberales Studenten wollen mit der SPD zusammenarbeiten	42
4 - 5	<u>Nationale Kinderheiten in Europa</u> Ein bemerkenswerter Kongress in Flensburg	49
5 - 6	<u>"Leben, Freiheit und das Streben nach Glück"</u> Zum 186. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung der USA	43

* * *

* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Der parteigetreue Eckardt

Von Franz Barsig

Mit Recht hat am Dienstag der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, dem neuen Bundesbeauftragten, als er seinen Antrittsbereich machte, Glück gewünscht und der Zuversicht Ausdruck gegeben, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Senat von Berlin und dem neuen Bundesbeauftragten eine gute und gedeihliche sein möge.

Diesen Wünschen kann man sich im vollen Umfange nur anschliessen, denn in der prekären aussenpolitischen Situation ist es ein zwingendes Gebot, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und Berlin nicht nur reibungslos, sondern vertrauensvoll und harmonisch verläuft.

Man wird damit rechnen müssen, dass der Stil der Tätigkeit des Herrn von Eckardt anders sein wird als der des Dr. Vockel, der bei allen seinen Eigenheiten letzten Endes der verkörperte Beamtentyp war, was man von Felix von Eckardt mit Fug und Recht wohl nicht behaupten kann. Nicht zu Unrecht hat eine grosse Nachrichtenagentur seinen Antritt in Berlin auch mit der Bemerkung versehen, dass er sicherlich "zur Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens in Berlin" beitragen werde.

Es gibt aber einige Dinge, die man schon jetzt überlegen sollte. Gewiss, Herr von Eckardt bleibt auch in Berlin ein politischer Beamter. Seine Kraft und seine Arbeit aber muss ungeteilt jetzt dieser Stadt gehören. Ist es dann eine gute Sache, wenn er selber hat wissen lassen, dass er seine selbstgewählte Aufgabe im Bundestagswahlkreis Cuxhaven, in dem er bei der Bundestagswahl im September 1961 durchgefallen ist, beibehalten will? Das heisst, dass er auch weiterhin Wahlkreisarbeit leisten will, um sich 1965 erneut um ein Mandat bewerben zu können. Dazu hat der Bundesbeauftragte in Berlin keine Zeit, und es passt sich auch nicht für einen Beamten, in dieser Doppelfunktion aufzutreten. Politiker können so verfahren, aber sie tragen dann jedes Risiko und jede Verantwortung; von einem Beamten sollte man mehr Zurückhaltung erwarten.

Eine weitere Frage ist, ob Herr von Eckardt auch sein parteipolitisches Amt, das eines Bezirksvorsitzenden der CDU, im norddeutschen Raum, beibehalten will. Auch hier kann man nur von einem Stilbruch reden, ganz abgesehen davon, dass auch diese parteipolitische Funktion dem Amt und Berlin auf die Dauer nicht gut bekommen kann.

Die weitere Tätigkeit in Berlin selbst wird man abwarten müssen. Bekannt ist vorläufig nur die Äusserung, dass von Eckardt in seiner neuen Tätigkeit nach aussen stärker in Erscheinung treten wird. Niemand erwartet, dass der Berlin-Beauftragte die Rolle einer schweigenden Sphinx spielt. Auf der anderen Seite aber wäre es auch nicht gut, wenn das Haus in der Berliner Bundesallee eine Nebenstelle des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung werden würde. Umstellungen nach zehnjähriger Tätigkeit als Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung sind sicherlich schwer, aber sie sind nötig, im Interesse der Sache, und Herr von Eckardt sollte zumindest darüber nachdenken.

"Die EWG muss weg"

Zu den sowjetrussischen Ausfällen
gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

ler. - Die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) findet das Missfallen führender sowjetrussischer Staatsmänner. Ministerpräsident Nikita Chruschtschow hat sie als eine widernatürliche Ehe bezeichnet, sein Aussenminister Gromyko nannte sie anlässlich eines Empfanges der zur Zeit in Moskau weilenden österreichischen Regierungsdelegation für die Sowjetunion und Westeuropa schädlich. Die Männer des Kreml sehen sich bei dem durch die EWG ausgelösten Prozess der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der EWG-Staaten einer Entwicklung gegenüber, die sie nicht begreifen können und die in ihr Weltbild eines von inneren Gegensätzen zerrissenen Europa nicht passt. Es passt nicht in ihr Vorstellungsvermögen, dass sich die Länder Europas bereitgefunden haben, ihre wirtschaftlichen Probleme nicht mehr als nationale, sondern als gemeinsame Probleme zu betrachten.

Dabei stehen wir erst am Anfang einer verheissungsvollen Entwicklung. Die EWG betrachtet sich nicht als Selbstzweck, sie ist die notwendige Stufe zu einer umfassenden, über den Rahmen der bisherigen EWG-Staaten hinzielenden Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern, einmündend in die gleichwertige Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten. Der Beitritt Grossbritanniens steht wohl noch in diesem Jahr bevor; andere Länder werden folgen. Die Assoziierungsgesuche der europäischen neutralen Staaten liegen bei der EWG-Kommission in Brüssel. Man wird Mittel und Wege finden, diesen Ländern die Tür zur EWG zu öffnen, ohne dass ihre Neutralität gefährdet wird.

Die sowjetrussischen Staatsmänner prophezeien den Staaten, die sich der EWG anschliessen oder sich mit ihr assoziieren wollen, eine düstere Zukunft. Sie möchten gern die Rolle eines Beschützers der Unabhängigkeit dieser Staaten übernehmen, eine Rolle, die keiner von ihnen verlangt. Die österreichische Regierungsdelegation mit Bundeskanzler Gorbach und Aussenminister Kreisky an der Spitze, hat dies Herrn

Chruschtschow recht würdevoll und überlegen zur Kenntnis gegeben. Die Hoffnung Moskaus, die freien Völker Europas von einem Wege abzuhalten, der zu Frieden, Stabilität und steigendem Wohlstand für alle führt, wird sich als Illusion erweisen.

Unaufhaltsam vollzieht sich dieser Prozess der europäischen Revolution. Seine sichtbaren Auswirkungen sind überall zu spüren und sie werden auch, früher oder später, die Beherrscher der Sowjetunion zwingen, ihr Geschichtsbild zu ändern. Die kürzlich veröffentlichte gemeinsame Erklärung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten Europas geht von dieser Zuversicht aus. Dort heisst es u.a.:

"Diese Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika darf sich nicht nur auf das wirtschaftliche Gebiet beschränken. Sie muss sich schnell auf den militärischen und den politischen Bereich ausdehnen. Beide Partner sehen sich gemeinsamen Gefahren gegenübergestellt, deren grösste sich aus dem Konflikt mit dem Osten ergibt.

Dieser Ost-West-Konflikt und vor allem das Abrüstungsproblem können nicht gelöst werden, wenn sich nicht das Zukunftsbild auf beiden Seiten ändert. So lange der Westen den Eindruck erweckt, dass seine Spaltung möglich wäre, wird die Sowjetunion nicht zu Abkommen geneigt sein; da sie dann stets in dem Glauben leben wird, sie könne das Gleichgewicht in der Welt umstürzen.

Wenn jedoch Amerika und Europa es allen deutlich erkennbar gemacht haben, dass sich der Westen aus eigenem Antrieb und nicht unter äusserem Druck wandelt und dass er seine Einheit für lange Zeit festigt, dann werden alle Voraussetzungen für eine dauerhafte friedliche Regelung zwischen dem Osten und dem Westen geschaffen sein".

Moskau muss seine Hoffnungen auf eine Zersplitterung der freien westlichen Welt begraben. Was sich heute in Europa vollzieht, ist eine Revolution, die das Antlitz Europas verändert und Energien auslöst, an denen kommunistische Zukunftsvisionen zerbrechen werden.

Wer weiter denkt ...

Liberales Studenten wollen mit der SPD zusammenarbeiten

sp - "Aufgabe einer liberalen Politik darf nicht die Verhinderung der sozialen Gerechtigkeit sein, sondern muss in der Sicherung der Chancengleichheit und der Freiheit im sozialen Staat gesehen werden." Von dieser Feststellung ausgehend folgert die Bonner Hochschulgruppe des Liberalen Studentenbundes in einer Entschliessung, dass nicht eine Interessenpartei, sondern nur eine echte Volkspartei moderne Konzeptionen der Gesellschaftspolitik vertreten kann und "dass die Ideen eines fortschrittlichen Liberalismus auf der Ebene der Parteien am ehesten im Rahmen der SPD durchgesetzt werden können".

Seit die Münchner Gruppe im vorigen Sommer die Studenten aufforderte, die SPD zu wählen, reißt die direkte und indirekte Kritik der liberalen Studenten an der grundsatzlosen Interessentenpolitik der FDP Erich Mende's nicht mehr ab. Die guten liberalen Traditionen - das sehen diese politisch interessierten Studenten - sind heute bei allen demokratischen Parteien aufgenommen. Was also, so fragen sie nüchtern weiter, macht das Besondere einer zeitgemässen liberalen Politik aus? Weil diese Generation sieht, wie billig die liberale Phrase geworden ist, schaut sie auf die sprichwörtlichen Früchte, an denen man auch die Parteien erkennen soll. Wer so die Wahlaufforderung der FDP ernst nimmt und weiter denkt, erkennt, "dass die Aufgabe einer zeitgemässen liberalen Politik nicht in einer ständigen Ablehnung des sozialen Fortschritts gesehen werden kann".

Nicht nur weil es die einzige umfassende, moderne gesellschaftspolitische Konzeption in der Bundesrepublik darstellt, bekennen sich immer mehr liberale Hochschulgruppen zum Godesberger Grundsatzprogramm der SPD, sondern weil sie sehen, wie es sich in der täglichen Politik dieser grossen Volkspartei auswirkt. So liegt es auf der gleichen Linie, wenn wenige Tage vorner der Bundesvorstand des Liberalen Studentenbundes den Entwurf der SPD zu einem Ausbildungsförderungsgesetz begrüsst, weil es die für die freie Entfaltung des Menschen notwendige freie Wahl des Ausbildungsweges von finanziellen Hindernissen befreie. Die FDP dagegen schloss sich im Bundestag der mäklerischen Kritik des Bundesfamilienministers an - der dabei ebenfalls im Gegensatz zum "Civis", der Zeitschrift christlich-demokratischer Studenten, stand.

Die junge Generation in ihrer breiten Mehrheit lehnt die klingenden Phrasen weltfremder Ideologien genau so ab, wie das grundsatzlose politische Wursteln für Einzelinteressen. Sie möchte, dass im Gemeinwesen Chancengleichheit verwirklicht wird. Die Aufforderung der Bonner Gruppe an den Liberalen Studentenbund, sein Verhältnis zu den Parteien zu überprüfen, und ihre Bereitschaft, die SPD zu unterstützen, ist dafür ein deutliches Anzeichen - und am weitesten durchdacht. Man denkt weiter!

Nationale Minderheiten in Europa

kl. - Man könnte sagen, dass Europas Minderheiten fast mehr zum Randgeschehen unserer Tagespolitik gehören. Aber bemerkenswerte Hinweise über das Verhalten der europäischen Staaten als Herbergsvölker zu ihren nationalen Minderheiten wurden kürzlich auf dem Kongress europäischer Volksgruppen in Flensburg doch gegeben.

Dass die deutsch-dänische Minderheitenpolitik nach den Protokollen von Bonn und Kopenhagen in gutem Geiste verläuft und sowohl der deutschen als auch der dänischen Minderheit jeglichen Spielraum lässt, wurde in Flensburg erneut bekräftigt. Der Präsident der Minderheiten-Union, der dänische Reichstagsabgeordnete Hans Schmidt-Oxbüll, ein Mann der deutschen Minderheit in Dänemark, sprach sogar von einem Modellfall beiderseits der deutsch-dänischen Grenze.

Aber auch die Österreicher bekamen von den Minderheitlern ein Lob. Professor Inzko als Obmann der Kärntner Slowenen bekräftigte, dass Österreich sich streng an den Artikel sieben seines Staatsvertrages hält, der auch für die Kroaten im Burgenland gilt. Alle Minderheiten-Fragen werden turnusmässig mit Aussenminister Dr. Kreisky in Wien befriedigend gelöst. Inzko sprach von einem "echt österreichischen Geist" und davon, dass der Artikel sieben "nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste nach" realisiert wird.

Schon über die jugoslawische Minderheitenpolitik jedoch gab es in Flensburg Klagen. Für die in Jugoslawien lebenden Albaner sprach Alfred Adoni, der die albanische Sektion im Londoner Rundfunk leitet. Er klagte, die Minderheit würde durch die jugoslawische Regierung kulturell, religiös und wirtschaftlich diskriminiert. Der Konflikt zwischen Albanien und Jugoslawien wird offenbar auf den Schultern der albanischen Minderheit ausgetragen.

Bedauerlich auch, dass die Kritik an der italienischen Regierung jetzt wiederum durch den Minderheiten-Kongress vorgetragen werden musste. Der Generalsekretär der Förderalistischen Union, der Kopenhagener Povl Skadegaard, sagte, die Lösung der Südtirolfrage dürfe nicht länger auf sich warten lassen. "Schon die wirtschaftliche Lage der Provinz trägt jeden Tag dazu bei, die Südtiroler Volksgruppe zu schwächen". Daneben wurde auch beklagt, dass sich die Minderheit im Aosta-Tal bisher noch nicht der Union anschliessen durfte.

Am bedrückendsten aber ist nach den Worten des Hamburger Uni-
versitätsdozenten Dr. Geilke die Lage der Minderheiten im Ostblock,
trotz - formal gesehen - sehr liberaler Gesetze. In Polen gibt es
nur noch fünf deutsche Minderheitenschulen. Sowjetrussland griff im
letzten Krieg zu Massendeportationen ganzer Minderheiten. Im neuen
Programm der KPdSU heisst es zweideutig, dass der Sieg des Kommunis-
mus ein Verschwinden der nationalen Unterschiede besonders bei der
Sprache bringen würde. In Ungarn müssen die Deutschen die deutsche
Sprache bereits als Fremdsprache erlernen und die Minderheitenschulen
sind in zweisprachige Schulen umgewandelt worden. Nur in Rumänien
gibt es noch einen gewissen Spielraum der deutschen Minderheit, die
sich auf fast 1 200 deutsche Kulturorganisationen und Institute
stützt. Aber schliesslich ist der rumänische Ministerpräsident Georg
Maurer Siebenbürger Sachse.

+ + +

"Leben, Freiheit und das Streben nach Glück"

H. Bw. - Vor 186 Jahren, am 4. Juli 1776, wurde in Philadelphia
die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika an-
genommen und feierlich verkündet. Damit wurden die Ideen von den
unveräusserlichen und unteilbaren Grundrechten der Menschen richtung-
weisend formuliert und niedergelegt, wie sie als allgemeingültige
humanitäre Grundsätze bis in unsere Zeit ihren Niederschlag in demo-
kratischen, freiheitlichen Verfassungen und in der Allgemeinen Erklä-
rung der Menschenrechte der Vereinten Nationen gefunden haben.

Die vor 186 Jahren angenommene Unabhängigkeitserklärung ist heu-
te für uns mehr als ein historisches Dokument; sie ist praktisch die
erste Kodifikation der Menschenrechte überhaupt. In ihr werden mensch-
liche Grundrechte postuliert, die den in der Sowjetzone lebenden
Menschen nicht nur vorenthalten, sondern die Tag für Tag, so an der

Berliner Mauer, mit Füßen getreten werden. Vor fast zwei Jahrhunderten bekannten sich aufrechte, freiheitlich gesinnte Männer dazu, daß "alle Gewalt im Volke ruht, und sich vom Volke ableitet", und daß "eine freie Regierung und die Wohltaten der Freiheit einem Volke nur erhalten bleiben können durch standhaftes Festhalten an Gerechtigkeit, Mäßigung, Enthaltbarkeit, Bescheidenheit und Tugend sowie ein ständiges Besinnen auf grundlegende Prinzipien.

Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung fand ihren für alle Menschen der Welt gültigen Niederschlag in unserer Zeit in einer Charta, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1948 als "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" angenommen wurde.

Wenn wir beide Dokumente vergleichen, zwischen deren Verabschiedung immerhin fast zwei Jahrhunderte liegen, dann spüren wir die zukunftsweisende und die Dokumente der Menschenrechte unserer Zeit befruchtende Kraft jener amerikanischen Erklärung, die wir weniger unter dem Blickwinkel historischer Reminiszenzen betrachten, als vielmehr zur Vorlage unseres eigenen Handelns machen sollten.

Wenn wir in der Bundesrepublik heute die Möglichkeit haben, menschliche Grundrechte in Freiheit genießen zu können, wenn wir aber auch gleichzeitig die Pflicht haben, die Gemeinschaft der Völker mit Nachdruck auf die permanente Mißachtung dieser Grundrechte in der Sowjetzone aufmerksam zu machen, dann sollten wir beides - das Recht und die Pflicht - nicht gleichgültig hinnehmen und tun. Beides verlangt immer wieder von neuem Bewährung, Sichbesinnen und oft Mut und Kraft. Eine der Quellen, aus denen wir diese Kraft schöpfen können, liegt in der Erinnerung an die Tat jener Männer von Philadelphia, die vor nunmehr 186 Jahren zusammenkamen, und sich zur Freiheit und Würde aller Menschen bekannten.